

# Schlagabtausch in Schreinerei



Es diskutierten (von links): Gastgeber Karl Bucher (Schreinermeister, FDP), Pirmin Schwander (Nationalrat, SVP), Petra Gössi (Nationalrätin, FDP), Moderator Oliver Kuhn, Andy Tschümperlin (Nationalrat, SP), Corinne Schärer (Unia) und Karin Schwiter (Kantonsrätin, SP).

Bild Christoph Clavadetscher

**GOLDAU** Prominente Redner lieferten sich gestern Abend eine herzhafte Debatte zur Erbschaftssteuer. Auch die zweite «Arena auf der Bernerhöhe» war ein Erfolg.

CHRISTOPH CLAVADETSCHER

In allen Kantonen der Schweiz wird eine Erbschaftssteuer erhoben – ausser im Kanton Schwyz. Mit der Erbschaftssteuer-Initiative soll dies nun ändern. Die Schweiz stimmt über eine einheitliche Regelung ab (siehe Box). Obwohl der Aspekt der kantonalen Steuerhoheit gestern Abend an der prominent besetzten «Arena auf Bernerhöhe» nicht diskutiert wurde, bot das Podium im Hinblick auf die Abstimmung vom 14. Juni eine angeregte Debatte.

In welche Richtung Gegner und Befürworter argumentieren würden, konnte

zwar vermutet werden, den rund 60 Anwesenden wurde aber dennoch ein spannender Schlagabtausch geboten. Die Linke betonte die grosse Chance, zu langfristigen Finanzierung der AHV beitragen zu können sowie die gute Möglichkeit, die überstrapazierte Ungleichheit der Vermögensverteilung abzuschwächen. «Das Vermögen von zwei Prozent aller Schweizer ist gleich gross wie jenes der restlichen 98 Prozent», rechnete SP-Kantonsrätin Karin Schwiter vor.

Die Gegner konnten mit diesen Zahlen herzlich wenig anfangen. «Jede Statistik kann man mit einer Gegenstatistik widerlegen», konterte Nationalrätin Petra Gössi. In der genannten seien beispielsweise die Pensionskassen-Vermögen gar nicht berücksichtigt.

## KMU-Nachfolge zentrales Thema

Inspiriert von den Schreinerei-Räumen der Karl Bucher AG, in denen die Diskussion stattfand, konzentrierte sich die Debatte stark auf die Nachfolge-Regelung von KMU. So kritisierte der Gastgeber an der Initiative, dass Fami-

liarbetriebe – und somit auch viele Arbeitsplätze – in der Existenz bedroht seien, falls sie vererbt werden müssten. Dies weil der geschätzte Wert einer Firma nicht den vorhandenen liquiden Mitteln entspräche und deshalb eine Erbschaftssteuer oft gar nicht bezahlt werden könne. «Und keine Bank wird Kredite für die Erbschaftssteuer gewähren», ergänzte dazu SVP-Nationalrat Pirmin Schwander.

Diesbezüglich verwies SP-Nationalrat Andy Tschümperlin mehrmals auf die Ausnahmeregelung für Unternehmen: «Niemand hat Interesse daran, KMU zu schwächen oder gar Arbeitsplätze zu gefährden.» Sollte die Initiative angenommen werden, läge es am Parlament, einen Gesetzestext zu formulieren, der genau dies berücksichtige.

Gegen Ende der Veranstaltung wurde das Wort freigegeben, was zu bereichernden Voten beider Lager und kniffligen Praxis-Beispielen führte. Fazit: Demokratie pur – auch wenn sich wohl alle Anwesenden ihre Meinung im Vorfeld schon gebildet haben dürften.

## Um das geht es

**ABSTIMMUNG** cc. Die Erbschaftssteuer-Reform verlangt, dass in Zukunft der Bund – und nicht mehr die Kantone – eine einheitliche Erbschaftssteuer erheben. Die Initianten wollen damit die AHV stärken und die Vermögen gerechter verteilen. Zwei Drittel der Einnahmen würden in die AHV fliessen und ein Drittel den Kantonen zugutekommen. Erbschaften über zwei Mio. Franken und Schenkungen über 20 000 Franken pro Jahr würden jeweils mit 20 Prozent besteuert werden.

Von der Erbschaftssteuer befreit wären der Partner, Vereine und gemeinnützige Organisationen. Für Unternehmen würde eine Ausnahme gemacht, wenn die Erben den Betrieb mindestens 10 Jahre weiterführen: Die Initianten wollen 50 Millionen gewähren, die nicht versteuert werden müssen.